



2001/234

Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

Jahresprogramm des Regierungsrates für das Jahr 2002Vom 25. September 2001

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	Seite 1
Schwerpunkte der Regierungstätigkeit	Seite 3
Finanz- und Kirchendirektion	Seite 6
Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion	Seite 12
Bau- und Umweltschutzdirektion	Seite 19
Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	Seite 27
Erziehungs- und Kulturdirektion	Seite 30
Antrag	Seite 36

EINLEITUNG

Gemäss § 73 Absatz 3 der Kantonsverfassung hält der Regierungsrat die jährlichen Ziele und Hauptaufgaben von Regierung und Verwaltung im Jahresprogramm fest und legt es dem Landrat gleichzeitig mit dem Voranschlag **zur Kenntnisnahme** vor.

Im Rahmen der Neuordnung des Berichtswesens (vgl. Erläuterungen in der Einleitung zum Regierungsprogramm 1999 - 2003) sind die regierungsrätlichen Planungsberichte (Regierungsprogramm, Jahresprogramm, Amtsbericht, Rechenschaftsbericht) materiell und formell harmonisiert, systematisiert und verwesentlich worden.

Das vorliegende Jahresprogramm 2002 ist bereits das dritte in der laufenden Legislaturperiode. Es enthält im ersten Teil die voraussichtlichen Schwerpunkte der Tätigkeit des Regierungsrates und der Verwaltung im Jahre 2002; auf der Grundlage der im Regierungsprogramm festgehaltenen Schwerpunktthemen wird auf aktuelle und aktuell werdende Vorhaben oder allfällige Gewichtsverschiebungen in diesen Bereichen eingegangen. Im zweiten Teil werden die wichtigsten Zielsetzungen und Massnahmen direktionsweise aufgeführt, stets der Gliederung des Regierungsprogrammes 1999 - 2003 und der Jahresprogramme 2000 und 2001 folgend.

1 Die Schwerpunkte der Regierungstätigkeit im Jahre 2002 im Spiegel des Regierungsprogramms 1999 - 2003

1.1 Der Ausbau der Standortgunst

1.1.1 Grundsätzliches

Am übergeordneten Ziel des Regierungsrates für die Legislaturperiode 1999 - 2003, der Erhaltung und Verbesserung der guten Standortqualität als Grundlage für eine weitere günstige und zukunftsbeständige gesellschaftliche, wirtschaftliche und umweltverträgliche Entwicklung des Kantons Basel-Landschaft hat sich nichts geändert.

Nach den Feierlichkeiten aus Anlass des 500-Jahr-Jubiläums des Beitritts Basels zur Eidgenossenschaft werden im Jahre 2002 mit der Landesausstellung Expo.02 und dem Eidgenössischen Turnfest ETF 02 BL zwei weitere ausserordentliche Ereignisse stattfinden, die für unseren Kanton günstige Gelegenheiten sein werden, sich als eigenständiges, starkes und fortschrittliches Mitglied der Schweizerischen Eidgenossenschaft zu präsentieren.

1.1.2 Bildungspolitik

Im Mittelpunkt dürften hier die Beratungen im Landrat zur neuen Bildungsgesetzgebung sein sowie die damit in engem Zusammenhang stehenden Vorbereitungs- und Umsetzungsarbeiten. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Aufbau und die Operativsetzung der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel.

1.1.3 Finanz- und Steuerpolitik

Die Zielsetzung, die laufende Rechnung des Kantons mindestens ausgeglichen zu gestalten und die Finanzierung der auf relativ hohem Niveau stabilisierten Nettoinvestitionen zu 100 % aus selbst erarbeiteten Mitteln zu ermöglichen, wird weiter angestrebt, obwohl in dem vom Regierungsrat verabschiedeten Voranschlag 2002 ein niedrigerer Selbstfinanzierungsgrad budgetiert ist.

Im Bereich der Steuern steht der zeitgerechte Abschluss der ersten einjährigen Veranlagungsperiode im Vordergrund.

1.1.4 Verkehrspolitik

Dem Erhalt und der Optimierung der Infrastrukturen im Bereich des öffentlichen und des privaten Verkehrs wird weiterhin hohe Aufmerksamkeit geschenkt. Im öffentlichen Verkehr ist der Weiterausbau der Vorortslinien 10 und 11 besonders hervorzuheben, im privaten Verkehr die Sanierung des Belchen-Tunnels, der Bau der Umfahrung Sissach sowie die Detailprojektierung der H2 Pratteln-Liestal.

1.1.5 Sicherheitspolitik

Im Bereich Sicherheit wird im kommenden Jahr die Prävention einen Schwerpunkt bilden, nachdem in Bezug auf die Repression in diesem Jahr mit der erweiterten Kriminalitätsbekämpfung personelle und sachliche Verbesserungen eingeleitet wurden.

Die grossen Bundesvorhaben bei der Armee und beim Bevölkerungsschutz machen weiterhin sowohl gesetzgeberische als auch organisatorische Anpassungen auf der Ebene des Kantons notwendig.

1.1.6 Kundenfreundliche Verwaltung

Bei allen Dienststellen der kantonalen Verwaltung werden auch im Jahre 2002, wie bereits in den Vorjahren, die geltenden Leistungsaufträge, die wichtigsten instrumentellen Bausteine von WoV, überprüft und überarbeitet. Die Einführung und gezielte Umsetzung des Konzeptes zur elektronischen Verwaltung der Leistungsaufträge sowie das Testen von Instrumenten zur Wirkungsprüfung sind, zusammen mit der Breitereinführung der Betriebsrechnung, als weitere wichtige Massnahmen hervorzuheben.

Mit der Umsetzung der Gerichtsreform auf die am 1. April 2002 beginnende neue Amtsperiode soll die hohe Qualität der Rechtsprechung in unserem Kanton auch in Zukunft gewährleistet werden.

1.2 Weitere Schwerpunkte der Regierungstätigkeit

1.2.1 Grenzüberschreitende Beziehungen

Der Schwerpunkt in den grenzüberschreitenden Beziehungen wird weiterhin bei der Vorbereitung, der Umsetzung und dem Vollzug der bilateralen Verträge liegen. Die stufenweise Einführung der einzelnen Massnahmen, so beispielsweise im Bereich der Personenfreizügigkeit oder auch im Bereich der erhöhten Strassengebühren und Gewichtslimiten, wird einzelne Teile der Verwaltung stark beanspruchen. Zur Vertiefung der trinationalen Zusammenarbeit wird insbesondere auch die Umsetzung des Staatsvertrages mit Deutschland im Aufgabenbereich der polizeilichen Kooperation beitragen.

Projektideen für das Interreg-Programm IIIA "Oberrhein-Mitte-Süd" sind in reicher Zahl vorhanden. Es wird im kommenden Jahr darum gehen, die für den Kanton Basel-Landschaft interessanten Projekte zu bezeichnen, nachdem der Landrat der Beteiligung des Kantons zugestimmt hat.

1.2.2 Wirtschafts- und Sozialpolitik

Im Jahre 2002 wird es weiter darum gehen, die im Rahmen des Wirtschaftsberichtes 2000 beschlossenen Massnahmen umzusetzen, die Tourismusförderung voranzutreiben, die Schwarzarbeit zu bekämpfen und das neue Arbeitsgesetz durchzusetzen.

Das gemeinsame Projekt mit dem Kanton Basel-Stadt betreffend eines gemeinsamen Hafennutzungskonzeptes und einer gemeinsamen Hafenentwicklungsstrategie zielt auf eine optimale Nutzung der Rheinhäfen beider Basel ab.

Ebenfalls in Zusammenarbeit mit Basel-Stadt wird ausserdem die Neuauflage des Wirtschaftsberichtes vorbereitet.

Im Bereich der Sozialpolitik steht die reibungslose Einführung des neuen Sozialhilfegesetzes im Vordergrund.

1.2.3 Integrationspolitik

Die Integrationspolitik im Kanton Basel-Landschaft ist auch im Jahr 2002 klar ressourcen- und bildungsorientiert. Schwerpunktässig werden Projekte unterstützt, die sprachliche Kompetenzen fördern und solche, die darauf aufbauen, direkte oder indirekte Beiträge für eine "Hilfe zur Selbsthilfe" zu leisten. Realisierung der Vernetzung von Ausländerdienst Baselland (ALD) und Gesellschaft für die Beförderung des Guten und Gemeinnützigen (GGG) zu kompatiblen Kompetenzzentren. Öffentlichkeitsarbeit soll weiter durch Kampagnen und im Rahmen der Mediationsprojekte betrieben werden "Streit.Los". Weiter stehen im Vordergrund die Optimierung und Qualitätssicherung der verschiedenen Angebote sowie die Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Eventuell wird auch die Erarbeitung eines Integrationsgesetzes eine weitere Aufgabe im Jahre 2002.

1.2.4 Asylpolitik

Die im Jahre 2000 eingetretene und 2001 fortgesetzte Entspannung der Lage im Asylbereich ändert nichts an der Gültigkeit der im Regierungsprogramm 1999 - 2003 gemachten Aussagen.

1.2.5 Raumplanung

Zur Stärkung der Standortgunst werden im Raum Augst-Pratteln erste Grundlagen für eine grenzüberschreitende Planung und Raumentwicklung geschaffen. Mit einem internationalen Wettbewerb werden Ideen gesucht, wie Eigenart und Schönheit der Landschaft Augst-Pratteln im Sinne von Arbeiten, Wohnen, Wissen und Erleben aufgewertet und genutzt werden können. In der Rheinebene bietet sich die Chance, bestehende Gegebenheiten, Lage und Freiraum zu nutzen und gleichzeitig das kulturelle Erbe beispielhaft mit der Zukunft zu verbinden. Eine Neugestaltung an diesem Punkt ist nicht nur für die beiden Gemeinden bedeutungsvoll, sondern aus Sicht der Wirtschaftsförderung, der kulturellen und baulichen Entwicklung, aber auch des Umweltschutzes für die Zukunft unseres Kantons richtungsweisend.

1.2.6 Umweltschutz und Energie

Der Umweltschutz berücksichtigt das Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und gesellschaftlicher Solidarität. Für das Jahr 2002 werden zwei Schwerpunkte in den Bereichen Energie und Altlasten bezeichnet: Das Ziel einer nachhaltigen Energieversorgung ist die Erhöhung der Energieeffizienz und der vermehrte Einsatz erneuerbarer Energien. Dadurch sollen die Ressourcen geschont und die Umwelt von Schadstoffen entlastet werden. Zudem trägt der Einsatz neuer Technologien zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei.

Zur raschen und systematischen Erfassung der belasteten Standorte werden die personellen Ressourcen verstärkt. In erster Linie geht es um den schrittweisen Aufbau des Katasters gemäss Altlastenverordnung und die intensivierte Untersuchung von Deponien mit Chemieabfällen sowie um die Einleitung der erforderlichen Sanierungsmassnahmen.

1.2.7 Gesundheitspolitik

Die Durchführung einer gemeinsamen Spitalplanung mit Basel-Stadt, die Projektierungsarbeiten im Zusammenhang mit dem zukünftigen Universitäts-Kinderspital mit Standort Basel, die Fortsetzung der Konzeptarbeiten mit Basel-Stadt für die Umsetzung der neuen Bildungssystematik der Gesundheitsberufe sowie die Vorbereitungen im Hinblick auf die 2. Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes werden im Zentrum der gesundheitspolitischen Aktivitäten stehen.

1.2.8 Kultur und Sport

Im Mittelpunkt steht ein sportliches Grossereignis, die Durchführung des Eidgenössischen Turnfestes ETF 02 BL. Der Kanton möchte den rund 70'000 erwarteten Turnerinnen und Turner sowie den zahlreichen Besucherinnen und Besuchern ein exzellenter Gastgeber sein.

Eine weitere wichtige Herausforderung wird die Organisation und Durchführung des Kantonaltages beider Basel an der Expo.02 in Yverdon im August 2002 sein.

1.2.9 Familienpolitik

Die grosse interdisziplinäre Bedeutung, die der Familienpolitik zukommt, ist nach wie vor gegeben und kommt in der Vielzahl der vorgesehenen Massnahmen der Direktionen zum Ausdruck.

1.2.10 Gesetzgebung

Es ist geplant, dem Parlament im nächsten Jahr folgende Gesetzesvorlagen zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen:

- Änderung des Steuergesetzes (Familienbesteuerung und Besteuerung von Wohneigentum)
- Statistikgesetz
- Revision des Kantonalbankgesetzes
- Änderung Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz
- Totalrevision des Gesundheitsgesetzes
- Gesetz für die Alters- und Pflegeheime
- Änderung des Wirtschaftsförderungsgesetzes
- Revision des Gesetzes über den Wasserbau und die Nutzung der Gewässer
- Teilrevision des Einführungsgesetzes zum ZGB (Ehe- und Partnerschaftsvermittlung, Eheungültigkeit, Ehescheidung und Ehetrennung)
- Revision des Amtsvormundschaftsgesetzes
- Teilrevision Strafprozessordnung
- Teilrevision EG Strafgesetzbuch

Im Übrigen werden die Arbeiten zur systematischen und umfassenden Überprüfung der Gesetzgebung auf ihre Notwendigkeit und Aktualität sowie für die Erstellung eines Grobkonzeptes der Wirkungskontrolle in der Gesetzgebung aufgenommen.

1.2.11 Änderungen

Abschliessend ist festzustellen, dass sich auf Grund von sich ändernden Rahmenbedingungen oder nicht vorhersehbaren Ereignissen Schwerpunkte während der Planungsperiode verschieben können. Der Regierungsrat ist gewillt, auf solche Änderungen schnell und flexibel zu reagieren.

2 FINANZ- UND KIRCHENDIREKTION

Programmpunkt Nr. 2.01

Finanz- und Rechnungswesen

Übersicht

Abschluss der Einführung der Client-Server-gestützten Rechnungswesen-Architektur.
Weiterführen und Verbreitern der Verwaltungsreform (Wirkungsorientierte Verwaltungsführung WoV)

Ziele

Verbesserung der Abläufe aus finanzrechtlicher Optik in der Haushaltsführung

Intensivierung der Anwendung der Leistungsaufträge

Massnahmen

2.01.02 Abschluss der Einführung der neuen Rechnungswesen-Architektur, Breiteneinführung der Betriebsrechnung

2.01.03 Verbesserungen bei der Umsetzung der Leistungsaufträge, u.a. durch ein Informationsprogramm

Programmpunkt Nr. 2.02

Steuern

Übersicht

Das wichtigste Ziel ist der zeitgerechte Abschluss der ersten einjährigen Veranlagungsperiode (Steuererklärung 2001B). Die Kundenfreundlichkeit wird weiter verbessert und die teilweise neuen Systeme werden optimiert.

Ziele

Anpassungen an Änderungen im Steuerharmonisierungsgesetz und Weiterführung der Aktualisierung der kantonalen Steuergesetzgebung

Zeitgerechter Abschluss der ersten einjährigen Veranlagungsperiode (Steuererklärung 2001B)

Ablösung der heutigen EDV-Applikationen «Steuerregister», «Steuerbezug», «Steueranmeldung»

Ausbau der Beratungs- und Dienstleistungsfunktionen

Massnahmen

2.02.02 Revision des Steuergesetzes bei der Familienbesteuerung und der Besteuerung von Wohneigentum, abhängig von den Aktivitäten auf eidgenössischer Ebene und der kantonalen Umsetzung.

2.02.07 Frühestmöglicher Beginn mit den Veranlagungsarbeiten
Auf die Bedürfnisse der ersten Veranlagungsperiode abgestimmte Qualitätskontrolle
Berichtswesen und Controlling mit den Gemeindesteuerämtern abgestimmt
Laufende Optimierung bei den Teilsystemen "Scanning" und "Automation"

2.02.08 Evaluation einer neuen EDV-Gesamtlösung Steuern
Erstellung der Vorlagen und Anträge
Beginn der Realisierung mit Priorität bei der Ablösung des Steuerbezuges und der Einführung eines gemeinsamen Bezuges von Staats- und Gemeindesteuer

2.02.04 Verbesserung der telefonischen Auskunftsbereitschaft und Erreichbarkeit durch den Betrieb eines eigenen Call-Centers

2.02.10 Weiterführung der Zusammenarbeit mit dem Kt. Aargau im Projekt EasyTax, evtl. Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich Internet und neue Gesamtlösung Steuern

2.02.11 Weiterer Ausbau der Dienstleistungen über das Internet, v.a. im Bereich der Formulare und der elektronischen Übermittlung.
Prüfung der Möglichkeiten für die elektronische Übermittlung der Steuererklärung

Programmpunkt Nr. 2.03**Gemeinden***Übersicht*

Weitere Verbesserungen und Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden im Steuerbereich. Mit den bestehenden ERFA-Gruppen im Bereich Asylwesen soll die Zusammenarbeit und die Beratungstätigkeit mit den betroffenen Stellen ständig ausgebaut werden.

Mit der Änderung der Trägerschaft im neuen Bildungsgesetz wird die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden abgeschlossen und damit die Finanzausstattung unter den Gemeinden stark verändert, so dass der heutige Finanzausgleich unter grösstmöglicher Wahrung der Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden sowie der Gemeinden untereinander anzupassen ist.

Die Kostenentwicklung im Bereich Asylwesen ist zu überwachen und geeignet zu steuern und der Informationsfluss zwischen Bund, Kanton und Gemeinden und zu den Gemeinden und Betroffenen ist sicherzustellen.

Ziele

Optimierung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden

Sicherstellung der Finanzausstattung der Gemeinden

Organisation und Koordination des Asylwesens und Unterstützung der freiwilligen Rückkehr von Personen im Bereich Asylrecht/Flüchtlinge

Massnahmen

2.03.01 Prüfung von Alternativen zur heutigen Regelung der Veranlagungsentschädigung
Ausbau der Zusammenarbeit bei der Vorbereitung des gemeinsamen Bezuges von Staats- und Gemeindesteuer (zeitlich, organisatorisch)
Weitere Optimierung und gegebenenfalls Anpassungen bei der Aufgabenteilung zwischen kantonaler Steuerverwaltung und Gemeindesteuerämtern aufgrund der Erfahrungen mit der einjährigen Veranlagungsperiode

2.03.04 Revision des Finanzausgleichs in Verbindung mit der Änderung der Trägerschaft der Volksschule. Berücksichtigung der bisherigen Auswirkungen der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden und unter den Gemeinden

2.03.05 Fachgerechte Beratung der Gemeinden und der Betroffenen. Sicherstellen des Informationsflusses zwischen Bund, Kanton und Gemeinden.

2.03.06 Überwachung der Kosten und Steuerung der Finanzierung im Kanton und in den Gemeinden.

Programmpunkt Nr. 2.04**Statistik***Übersicht*

Für die geordnete Führung der notwendigen kantonalen und anderen Statistiken werden die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen geschaffen.

Die Verbesserung der Datengrundlagen in den Gemeinden ist zu fördern.

Ziele

Geordnete Führung der Statistiken von Kanton und Bundes

Verbesserung der Datengrundlage in den Gemeinden

Massnahmen

2.04.02 Schaffung der notwendigen rechtlichen Grundlagen.
Vorlage an den Landrat

2.04.03 Förderung der Harmonisierung der Einwohnerregister in den Gemeinden durch die Einführung einheitlicher Standards.

Programmpunkt Nr. 2.05**Personalwesen***Übersicht*

Schwerpunkt ist die Konsolidierung der Umsetzung der Personalrechtsreform mit Hilfe eines aussagekräftigen Personal-Controllings. Ein unternehmensorientiertes, neu konzipiertes Mitarbeiter/-innengespräch wird bei allen Dienststellen (mit Ausnahme für die Lehrpersonen) sukzessive eingeführt.

Ziele**Massnahmen**

Personalrecht
Aufbau eines aussagekräftigen Personal-controllings

2.05.01 Bereitstellen und Nutzen der erforderlichen Kennzahlen
Permanente Lohnvergleiche (Benchmark)

Lohnwesen
Einheitliche Leistungshonorierung

2.05.01 Umsetzung und Kontrolle der Richtlinien (Promotionssystem; ES-Anhaltung und/oder Beschleunigung, Prämien)

Personalentwicklung
Konzipierung eines Entwicklungsprogrammes für alle Dienststellen

2.05.06 Zusammenfassung der Aktivitäten in einer Stelle
Zentralisierte Administration mit Nutzung eines einheitlichen Systems

Implementierung eines Einheitlichen Mitarbeiter/-innen-gesprächs (MAG)

2.05.02 Sukzessive Einführung eines teilrevidierten MAG bei den Anstellungsbehörden
Schulung des teilrevidierten MAG
Aufbau eines Controlling (vgl. auch Ziffer 1. und 2.)

2.05.02 Publikation "Leitlinien Personalpolitik"; Verabschiedung durch RR oder FKD

Einheitliches Personalmarketing

2.05.02 Lay-out Inseratgestaltung koordinieren
Inhalte der Inserate koordinieren
Flächendeckende Anwendung des Austrittsgesprächs/Auswertungsblatt

Optimale Abwicklung des dezentralen Personalwesens

2.05.05 Abschluss der Einführung der neuen Software-Familie für Personal- und Lohnwesen; Prüfung der Einführung weiterer Module

Programmpunkt Nr. 2.06**Gleichstellung von Frau und Mann***Übersicht*

Die Schwerpunkte in den Bereichen der betrieblichen Chancengleichheit, in der Aus- und Weiterbildung sowie von Familienfreundlichkeit als Standortvorteil werden verstärkt.

Ziele**Massnahmen**

Erreichen eines Spitzenplatzes unter den Kantonen bezüglich der Gleichstellung von Frau und Mann

2.06.01 Anhebung des Frauenanteils in allen (inkl. leitenden) Funktionen durch:
– Erstellen eines Leitfadens zur Umsetzung von Chancengleichheit als Führungsaufgabe
– Signifikante Erhöhung des Frauenanteils in der Führungsausbildung (vgl. 2.05.06)
– Weiterführung des Projekts "Schaffung zusätzlicher, qualifizierter Teilzeitstellen für beide Geschlechter"

Berücksichtigung der Perspektive der Frauen in Aus- und Weiterbildung

2.06.03 Unterstützung der geschlechtergerechten Bildung von MigrantInnen als Integrationsmassnahme

Ziele**Massnahmen**

Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen und Frauen	2.06.04	Begleitung und Umsetzung der Projekte im Rahmen von Impuls, 16+ sowie Lehrstellenbeschluss 2 (Lehrstellenförderung)
Verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle	2.06.06	Erhebung des Bedarfs im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung bei den Kantonsangestellten Verabschiedung einer Landratsvorlage "Gesamtkonzept für die familienergänzende Kinderbetreuung" (vgl. 6.01.05) Umsetzung des Wirtschaftsimpulsprogramms "Familie und Beruf" (vgl. 3.03.04)
	2.06.07	Sensibilisierungskampagne
Signifikante Verbesserung der Situation von Opfern von Gewalt im häuslichen Bereich	2.06.08	Unterstützung der Interventionsstelle "Gegen häusliche Gewalt" (vgl. 5.01.28)
Verbesserung des Schutzes der sexuellen Integrität am Arbeitsplatz	2.06.11 (neu)	Sensibilisierungskampagne

Programmpunkt Nr. 2.07**Informatik***Übersicht*

Die Informatik wird zur Unterstützung der Verwaltungstätigkeit in der gesamten Kantonsverwaltung zweckmässig ausgebaut

Ziele**Massnahmen**

Laufende Anpassung des Dienstleistungsangebots des Amts für Informatik [Afi] an die Bedürfnisse der Verwaltung	2.07.02	Abschlüsse von Service Level Agreements in allen Bereichen (im Jahr 2001 noch nicht vollständig erfolgt). Ausdehnung der Service Level Agreements auf vernetzte Anwendungen aus den Bereichen Informatik und Telefonie (z.B. Call Center).
	2.07.03	Erweiterte Dienstleistungsangebote an Gemeinden und verwaltungsnahe Betriebe auch im Bereich der gemeinsamen Nutzung von Infrastruktur und Anlagen (Druck, Massenversand, gemeinsame Anschlüsse an Application Service Provider-Zentren, evtl. Serverfarm).
	2.07.04	Realisierung des multimediaauglichen Kantonsnetzes mit Integration der Telefonie Einführung von vernetzten Anwendungen aus den Bereichen Informatik und Telefonie (z.B. Call Center). Ausbau der gesicherten Zugänge von mobilen Arbeitsplätzen an das Kantonsnetz
	2.07.05	Erweiterung und Anpassung des Internetauftritts an die Erfordernisse des guichet virtuel des Bundes. Einsatz von interaktiven Internetanwendungen für den Verkehr zwischen Verwaltung und Bevölkerung.

Programmpunkt Nr. 2.08**Sozialhilfe***Übersicht*

Im Vordergrund steht die reibungslose Einführung des neuen Sozialhilfegesetzes. Hauptpunkt ist die Aus- und Fortbildung der Sozialhilfe-Behörden. Als weitere Grundlage, neben Gesetz und Verordnungen, wird dazu ein "Handbuch Sozialhilferecht" erarbeitet, welches auch in elektronischer Form zur Verfügung gestellt wird. Für die neuen Aufgaben "Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen" und das Aufsichtswesen über die Obdachlosenheime werden neue Geschäftskreise eingeführt. In Koordination mit dem Bundesamt für Statistik soll das Konzept der bestehenden Sozialhilfestatistik den eidgenössischen Gegebenheiten angepasst und die Datenstrukturen verfeinert werden.

Ziele**Massnahmen**

Neues Sozialhilfegesetz (SHG)

2.08.09 Neugestaltung eines Handbuches "Sozialhilferecht Basel-Landschaft" (neu)

2.08.10 Praktische Umsetzung der neuen Komponenten (Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen, Aufsicht über Obdachlosenheime) (neu)

Verbesserte Transparenz für präventive Massnahmen im Sozialbereich

2.08.03 Längerfristiger Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit dem Bund, welcher derzeit eine schweizerische Sozialhilfestatistik aufbaut (neu)

2.08.08 Neugestaltung der Sozialhilfestatistik. Auswertung und Publikation von statistischen Daten und Zahlen 2001 über die Entwicklung auf dem Gebiet der Sozialhilfe (neu)

Programmpunkt Nr. 2.09**Luftverkehr***Übersicht*

Die Entwicklung des Landesflughafens «EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg» soll entsprechend den Anforderungen des Wirtschaftsstandorts und Lebensraums Nordwestschweiz resp. Oberrhein gefördert werden.

Ziele**Massnahmen**

Ausbau des Flughafens entsprechend den Anforderungen des Wirtschaftsstandorts

2.09.01 Umsetzung der vom Volk beschlossenen Mitfinanzierung des Ausbaus und Überprüfung der damit verbundenen Auflagen

Unterstützung bei der Wahrnehmung und Umsetzung berechtigter Umweltanliegen (vgl. auch 4.01.xx und 4.01.xx)

2.09.02 Entsprechende Mitwirkung der Delegierten des Kantons Basel-Landschaft im Verwaltungsrat des Flughafens

Programmpunkt Nr. 2.10**Gesetzgebung***Übersicht*

Die Gesetzgebung in den Bereichen «Kantonalbank», «Pensionskasse» und «Krankenkassen-Prämienverbilligung» ist den aktuellen Erfordernissen anzupassen.

Ziele**Massnahmen**

Aktualisierung der Gesetzgebung betr. Kantonalbank

2.10.10 Einleitung der Revision des Kantonalbankgesetzes (neu)

Ziele**Massnahmen**

Aktualisierung der Statuten der Basellandschaftlichen Pensionskasse

2.10.11 Abschluss der Statuten-Revision (neu)

Aktualisierung EG KVG

2.10.12 Anpassung des Bemessungsmodells an die einjährige Steueranlagung (neu)

Programmpunkt Nr. 2.11**Wirkungsorientierte Verwaltungsführung***Übersicht*

Koordination der Verwaltungsreform (Wirkungsorientierte Verwaltungsführung WoV)

Ziele**Massnahmen**

Schaffen der Grundlagen für die Umsetzung des Gesamtprojekts «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung»

2.11.02 Einführung und Umsetzung des Konzepts zur elektronischen Verwaltung der Leistungsaufträge gemäss den Notwendigkeiten in den Direktionen.

2.11.05 Testen der Instrumente zur Wirkungsprüfung, allenfalls Einführung

Programmpunkt Nr. 2.12**Subventionswesen***Übersicht*

Einführung und Anwendung einer dezentralen Datenbank für Subventionen

Ziele**Massnahmen**

Sicherstellung eines wirkungsorientierten Subventionswesens

2.12.03 Einrichten einer direktionsweise organisierten Datenbank für Subventionen und Beiträge und darauf aufgebaut, besseres Subventionscontrolling

3 VOLKSWIRTSCHAFTS- UND SANITÄTSDIREKTION

Generelle Absichtserklärung

Die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion setzt sich wie schon im Jahresprogramm 2001 zum Ziel, ihre Leistungsaufträge bestmöglich zu erfüllen. Die Direktion ist sich bewusst, dass der Auslastungsgrad der Spitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste und die immer kürzeren Aufenthaltsdauern einen hohen Leistungsdruck auf das Personal in den Spitälern ausüben. Dieser ist durch geeignete Massnahmen zu mildern. Das Gedankengut des wirkungsorientierten Handelns unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit soll gepflegt und weiter ausgebaut werden. Durch die Überprüfung und Anpassung der Behandlungsabläufe sollen die medizinischen und pflegerischen Leistungen und die Kundenfreundlichkeit für die Patientinnen und Patienten sowie die Arbeitsbedingungen für das Personal verbessert und durch informatikseitige und andere technische Verbesserungen die Betriebsabläufe erleichtert werden. Im Gesundheitswesen allgemein wird es darum gehen, auf der Basis der durch die Regierungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft getroffenen Beschlüsse eine wirkungsorientierte und nachhaltige gemeinsame Spitalplanung durchzuführen. Gleiches gilt für die gemeinsame Planung des Rheinschiffahrtsverkehrs im Bereich Volkswirtschaft.

Programmpunkt Nr. 3.01

Gesundheitswesen

Das Gesundheitsgesetz wird überarbeitet werden, und es wird ein neues Gesetz, das Alters- und Pflegeheimgesetz, zu beschliessen sein. Das Berufsbild der Pflegenden ist im Wandel. Die strategischen Arbeiten im Zusammenhang mit der neuen Bildungssystematik sind weiterzuführen. Die Positionierung der Kantonsspitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste als Leistungserbringer auf dem kostenmässig stark unter Druck stehenden Gesundheitsmarkt ist zu stärken, die gemeinsame Spitalplanung mit Basel-Stadt durchzuführen. Die Einflüsse der zweiten Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes auf das Gesundheitsversorgungssystem des Kantons und der Region werden bei allen Überlegungen zu beurteilen und zu berücksichtigen sein.

Die stetig ansteigenden Prämien in der Krankenpflegeversicherung können durch den Kanton wenig beeinflusst werden: massvollen Spitaltaxerhöhungen bei kürzeren Aufenthaltszeiten stehen kostentreibende Mengenausweitungen in allen anderen Leistungsbereichen gegenüber. Durch das System der Prämienverbilligung, das durch eine Revision des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz per 2003 eine Anpassung erfährt, können die Prämienstöße doch einigermaßen abgefedert werden.

Ziele

Behandlung / Betreuung

Erfüllung der vom Krankenversicherungsgesetz geforderten Qualitätssicherungsbedingungen, Angebotsoptimierung

Massnahmen

- 3.01.01 Kantonsspital Bruderholz: Fortgesetzte Prozessoptimierung, Durchführung von ausgewählten Qualitätsprojekten in allen Bereichen unter Berücksichtigung der Ergebnisse der systematischen Erfassung der Patientenzufriedenheit.
Kantonsspital Liestal: Einführung eines neuen Patientenbefragungssystems mit Benchmarking.
- 3.01.02 Kantonsspital Liestal: Das im Jahre 2001 erfolgreich umgesetzte neue Produkt "Privatabteilung" von bisher 24 Betten auf, nach Abschluss der Bauarbeiten KSL 95, 36 Betten erweitern.
- 3.01.05 Überführung des Pilotversuches für die heroingestützte Behandlung von schwerstsuchtigen Patientinnen und Patienten in ein Definitivum.
- 3.01.30 Zwecks Erfüllung der Rechtsnorm gemäss Bundesgerichtsvorgaben ist die Vorlage für einen Gesetzesentwurf betreffend die Zwangsbehandlung von Patientinnen und Patienten mit psychischen Störungen zu erarbeiten.
(Vorlage an den Landrat)

Ziele**Massnahmen**

- 3.01.31 Kantonsspital Liestal: Differenzierung als interdisziplinäres (neu) Behandlungszentrum für Patientinnen/Patienten (Änderung der innerbetrieblichen Untersuchungs- und Behandlungsabläufe).

Infrastruktur

Modernisierung und Anpassung der baulichen Gegebenheiten in den Spitälern an den medizinischen Fortschritt und an neue Bedürfnisse. Modernisierung und Anpassung der baulichen Gegebenheiten in den Bereichen Kantonales Laboratorium und Berufsschule für Pflege.

- 3.01.07 Realisierung des Projektes Sanierung, Um- und Ausbau Haus 5 inkl. Neubau Werkstatt- und Bürogebäude in der Psychiatrischen Klinik (Fertigstellung 2004).

- 3.01.08 Kantonsspital Bruderholz: Konkretisierte Planung für KSB 2000 plus (zusammen mit Hochbauamt), unter Berücksichtigung des Standortentscheides UKBB.

- 3.01.10 Kantonales Institut für Pathologie: Baukreditvorlage an den Landrat zur Realisierung des neuen Standortes im Personalhaus auf dem Areal des Kantonsspitals Liestal (KSL). Aus funktionellen wie organisatorischen Gründen empfiehlt sich die Nähe zum KSL.

- 3.01.11 Die Planung eines oder mehrer Schulgebäude für Berufe im Gesundheitswesen, muss auf der Basis der bikantonalen Schulplanung in Angriff genommen werden (vgl. auch 3.01.27).

- 3.01.32 Kantonsspital Bruderholz: Schrittweise Realisierung eines neuen (neu) RIS (Radiologie-Informationssystem), eines neuen, digitalen PACS (Patienten-, Archiv- und Communications-System) sowie eines neuen Klinik-Information-Systems.

- 3.01.34 Kantonsspital Bruderholz: Sicherheitsrelevante Sanierungsmassnahmen Infrastruktur KSB in Zusammenarbeit mit der Bau- und Umweltschutzdirektion.

Tarifstruktur

Anpassung der betriebswirtschaftlichen Strukturen an die Erfordernisse des KVG und des neuen Tarifes im Medizinbereich (TarMed)

- 3.01.12 Alle Spitäler: Einführung des TarMed (Erfassung, Verarbeitung) mit der entsprechenden Schulung des Personals. Umstellung der ambulanten Tarifierung und Abrechnung auf TarMed per 1.1.2003. Festlegung des Taxpunktwerthes in Verhandlungen mit den Krankenversicherungen. Anpassung aller TarMed-abhängigen Verträge mit den Versicherungen.

- 3.01.13 Kantonsspitäler Liestal und Bruderholz: Weiterentwicklung der im Rahmen des Projektes TANDEM eingeführten Kostenstellenrechnung nach Produktgruppen (Sparten).

Planung / Regionale Zusammenarbeit**Aktualisierung der Spitalplanung**

- 3.01.14 Überarbeitung / Aktualisierung der Spitalplanung und der gemeinsamen Spitalliste BS/BL sowie der BL-spezifischen Spital- und Pflegeheimliste unter Berücksichtigung der 2. Teilrevision KVG.

- 3.01.15 Überprüfung der Verträge mit den Privatspitälern in Basel-Stadt (sowie ggf. der verschiedenen übrigen Vertragswerke mit Kantonen und Institutionen) unter Berücksichtigung der 2. Teilrevision KVG.

Ziele**Massnahmen**

- 3.01.04 Abschluss des Planungsprozesses Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Basel-Landschaft.
(Konzeptvorlage an den Landrat)
- 3.01.19 Festlegen der Organisation des Umwelt- und Verbraucherzentrums und Planung der erforderlichen baulichen Massnahmen (Gemeinsames Projekt Bau- und Umweltschutzdirektion/ Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion).

Rahmenbedingungen

Konsolidierung der Gesetzgebung im Gesundheitswesen; Schaffung von mehr unternehmerischem Freiraum für die öffentlichen Spitäler

- 3.01.20 Totalrevision des Gesundheitsgesetzes. Ganz neu wird der Heilmittelbereich zu gestalten sein. Weiterer Handlungsbedarf kann sich im Bereich der gegenseitigen Anerkennung der Berufsdiplome ergeben (bilaterale Abkommen mit der EU). Für die Selbstdispensation der Ärzteschaft ist eine kantonale Regelung zu finden.
(Vorlage an den Landrat)
Anschlussarbeiten an die Revision des Spitalgesetzes des Jahres 2001 mit Schwerpunkt Neuregelung Chefarzthonorare (Änderung des Personaldekretes).
- 3.01.21 Konsolidieren der Aufgaben des Kantons unter dem neuen, aber schon mehrmals revidierten Krankenversicherungsgesetz; allenfalls Erfassen neu geplanter Revisionen des KVG.
- 3.01.22 Erarbeitung der Vorlage für eine Gesetzgebung für die Alters- und Pflegeheime.
(Vorlage an den Landrat)

Aus- und Weiterbildung

Die Reorganisation der Berufsbildung im Gesundheitswesen wird auf der Basis der neuen Bildungssystematik, der nachfolgenden Regelung durch das Berufsbildungsgesetz und der erarbeitenden Grundlagen zur Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt umgesetzt.

- 3.01.26 Der Grundsatzentscheid über die Integration der Pflegeassistenzschulen der Kantonsspitäler Laufen und Bruderholz in die Strukturen der Berufsschule für Pflege wird unter Berücksichtigung der Gesamtstrategie der Umsetzung der neuen Bildungssystematik der SDK, dem neuen Berufsbildungsgesetzes und des gemeinsamen Vorprojekts mit dem Kanton Basel-Stadt - "Reorganisation der Berufsbildung im Gesundheitswesen" - gefällt.
- 3.01.27 Nachdem die beiden Regierungen BS und BL sich für eine Kooperation in der Umsetzung der neuen Bildungssystematik der Gesundheitsberufe ausgesprochen haben und ein entsprechendes Projekt lanciert wurde, wird über eine bikantonale Schulplanung zu entschieden sein.

Programmpunkt Nr. 3.02 Arbeit

Seit rund zwei Jahren ist ein Wechsel der Tätigkeitsschwerpunkte bei den Arbeitsmarktbehörden im Gange. Der Vollzug der Arbeitslosenversicherung verliert an Gewicht, während die "ordnungspolizeilichen" Aufgaben an Bedeutung gewinnen. Dies zeigt sich besonders auch in den Programmschwerpunkten des Jahres 2002: Wichtigste Programmpunkte sind die Umsetzung des freien Personenverkehrs mit der EU, die Bekämpfung der Schwarzarbeit und die Durchsetzung des neuen Arbeitsgesetzes.

Ziele

Arbeitslosenversicherung
Vorbereitung auf die AVIG-Revision
2003 und das neue ATSG (Gesetz über
den allgemeinen Teil des Sozialversi-
cherungsrechts)

Ausländische Arbeitskräfte
Reibungslose Umsetzung des freien
Personenverkehrs mit der EU ab dem
voraussichtlichen Inkrafttreten Mitte
2002

Neues Arbeitsgesetz
Durchsetzung des neuen ArG

Massnahmen

3.02.01 Weitere Optimierung der Ablauforganisation und Strukturen,
Anpassung an die neuen Grundlagen

3.02.02 Informationsveranstaltungen bei Verbänden und Organisationen,
Anpassung der rechtlichen Grundlagen und der vorhandenen
Strukturen, Bereitstellung der benötigten Dienstleistungen,
Konstituierung der Tripartiten Kommission für die flankierenden
Massnahmen

3.02.04 Informationskampagne bei Verbänden und Organisationen,
intensivierte Kontrollen bezügl. Arbeitsbedingungen und Arbeits-
zeit insbesondere bei Grossverteilern, Verstärkung der personel-
len Ressourcen

Programmpunkt Nr. 3.03 Wirtschaftspolitik

Im Jahre 2002 wird es darum gehen, die im Rahmen des Wirtschaftsberichtes 2000 beschlossenen Massnahmen, insbesondere das Impulsprogramm Familie und Beruf, umzusetzen und die Tourismusförderung voranzutreiben. Die vom Landrat im Rahmen der Wirtschaftsdebatte vom Mai 2001 überwiesenen Vorstösse betreffen verschiedene Bereiche und werden von den jeweils zuständigen Direktionen geprüft und bearbeitet. Die Wirtschaftspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die von der Finanz- und Steuerpolitik über die Bildungspolitik und Raumplanung bis hin zur Arbeitsmarktpolitik reicht. Entsprechend wird der Wirtschaftsbericht 2002 wiederum in Zusammenarbeit aller Direktionen und koordiniert mit Basel-Stadt erarbeitet werden. Die Bekämpfung der Schwarzarbeit und die Durchsetzung des neuen Arbeitsgesetzes sowie die eingeleiteten Ueberlegungen zur Optimierung der Zusammenarbeit mit der baselstädtischen Rheinhäfen sind weitere wirtschaftspolitische Themen, die die Direktion beschäftigen werden. Das Datum des Inkrafttretens der Bilateralen Verträge ist nach wie vor offen, es wird jedoch von einem Inkrafttreten per Mitte 2002 ausgegangen.

Ziele

Wirtschaftsbericht

Tourismus
Etablierung einer professionellen Touris-
musorganisation unter dem Namen Ba-
selland Tourismus; Feststellen des tou-
ristischen Potentials und der För-
derungsmöglichkeiten.

Massnahmen

3.03.01 Neuauflage des Wirtschaftsberichtes in Zusammenarbeit mit dem
Kanton Basel-Stadt.

3.03.02 Fortsetzung der Arbeiten im Hinblick auf eine Stärkung des
Tourismus im Kanton.

Ziele**Massnahmen**

Wirtschaftsförderung

Optimale Ergänzung und Abgrenzung der Wirtschaftsförderungen BS und BL sowie Aufbau genügender Ressourcen; Ziele und Mittel der Wirtschaftsförderung neu festlegen.

3.03.03 Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen der Wirtschaftsförderung.
Vorlage an den Landrat

Familie und Beruf

Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf über das Impulsprogramm "Familie und Beruf" gemäss Wirtschaftsbericht BL 2000

3.03.04 Unterstützung von Einrichtungen der familienergänzenden (neu) Kinderbetreuung.

Programmpunkt Nr. 3.04**Landwirtschaft**

Die agrarpolitischen Vorgaben des Bundes sind im Vollzug laufend umzusetzen. Über die Grundausbildung, Weiterbildung und Beratung sind die Landwirte und Landwirtinnen zu befähigen, sich den wandelnden Bedürfnissen anzupassen. Auf kantonaler Ebene sind je nach Bedarf Ergänzungsmassnahmen bereitzustellen.

Ziele**Massnahmen**

Allgemeines

Aufgabenüberprüfung der verschiedenen Kommissionen Landwirtschaft.

3.04.10 Vergleiche mit anderen Kantonen.
(neu)

Leitbild für das Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain.

3.04.11 Leitbild erarbeiten und umsetzen.
(neu)

Bildung, Weiterbildung, Beratung
Lehrplanumsetzung in der landwirtschaftlichen Ausbildung.

3.04.01 Der neue vom Bundesamt für Bildung und Technologie (BBT) genehmigte Lehrplan für die landwirtschaftliche Ausbildung wird eingeführt.

Modularisierung der hauswirtschaftlichen Ausbildung.

3.04.12 Aufbau und Einführung der modularen Ausbildung.
(neu)

Landwirtschaftliche Produktion

Erfassen der genauen landwirtschaftlichen Nutzflächen.

3.04.14 Aufgrund der Luftbilder werden durch das Landw. Zentrum (neu) Ebenrain die landwirtschaftlichen Nutzflächen neu bestimmt.

Infrastruktur

Umschuldung von Bauernbetrieben, welche unverschuldet oder infolge der neuen Agrarpolitik in eine Notlage geraten.

3.04.15 Einsatz von Betriebshilfedarlehen. Bereitstellen von kantonalen (neu) Mitteln, damit Bundesmittel ausgelöst werden können.

Programmpunkt Nr. 3.05 Wald

Das Sicherstellen der nachhaltigen Erfüllung aller Waldfunktionen ist eine gemeinsame Aufgabe von Waldeigentümern und Öffentlichkeit. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Waldeigentümer soll unterstützt und das Wissen der Öffentlichkeit und Behörden über Bedeutung und Schutz des Waldes gefördert werden

Ziele**Massnahmen****Walderhaltung**

Erhalten und Verbessern einer qualitativ und quantitativ nachhaltigen Entwicklung des Waldes.

3.05.05 Weiterführung des Waldwiederherstellungsprojektes nach dem Orkan "Lothar".

Stärken der Forstbetriebe als Garanten einer qualitativ guten und nachhaltigen Waldpflege durch das Sicherstellen der Marktfähigkeit des einheimischen Rohstoffes Holz.

3.05.07 Unterstützung des Projektes "Waldzertifizierung" des Waldbauverbands beider Basel.

Erhöhung des Wissens und der Sensibilität der Bevölkerung über und für das Ökosystem Wald

3.05.08 Unterstützung des Projektes "Waldschulzimmer" als Basis für eine waldgerechte Umweltbildung. Förderung des waldspezifischen Schulunterrichtes in den Unter- und Oberstufen.

Besondere Waldfunktionen

Sicherstellen und Fördern der besonderen Waldfunktionen in den Bereichen Schutz vor Naturereignissen, Arten- und Lebensraumvielfalt sowie Erholung

3.05.02 Erstellen der Grundlagen für die Überarbeitung und Ergänzung der Gefahrenkarte als Basis für die Planung weiterer Projekte zur Gefahrenabwehr und Schutzwaldsanierung. Umsetzung der Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt "Vordere Frenke".

3.05.03 Konzept zur Erhebung der finanziellen Beteiligung der Waldeigentümer und Nutzniesser an den sogenannten Waldbau-C-Projekten (Wälder mit besonderer Schutzfunktion).

Waldnaturschutz

Erhöhung der für Naturschutzanliegen ausgeschiedenen Waldflächenanteile.

3.05.06 Umsetzung des Konzeptes "Naturschutz im Wald"

Programmpunkt Nr. 3.06 Vermessungs- und Meliorationswesen

Start der Umsetzung der Landratsvorlage Geographisches Informationssystemen (GIS) in der Verwaltung und in den Gemeinden. Start der Realisierung der neuen amtlichen Vermessung 2. Etappe 2001 - 2008. Förderung von Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen und von Einzelprojekten in den Gemeinden.

Ziele**Massnahmen****Geografisches Informationssystem GIS**

Förderung und Nutzung von GIS Systemen, Applikationen und Daten

3.06.01 Realisierungsbeginn der zentralen Projekte: 1. Geo Data Warehouse (zentrale Datenbank für GIS Daten mit kontrolliertem Zugriff für die Verwaltung, Gemeinden und private Stellen); 2. Auswertungssysteme für die Anwendungen in den Dienststellen; 3. Parzellen-Informationssystem zusammen mit dem Grundbuch.

3.06.02 Beginn des Ausbaus des Informatik-Zentrums LIS zur GIS-Fachstelle als Dienstleistungsbetrieb für GIS bezogene Projekte.

Ziele**Massnahmen**

Amtliche Vermessung 93

Abschluss der 1. Phase,
Einleitung der 2. Phase

Bodenverbesserung

Einbezug des Bezirks Laufen

3.06.03 Beginn der Umsetzung der Landratsvorlage "Geographisches Informationssystem (GIS) Basel-Landschaft".

3.06.04 Der Abschluss der 1. Etappe der Realisierung der AV93 über die Jahre 1996 bis 2000 setzt sich gemäss Werkverträgen fort und dürfte 2003 beendet sein.
2002 wird der eigentliche Beginn der Realisierung der 2. Etappe AV93 2001 - 2008 sein, vorausgesetzt, der Landrat fasst dazu den Beschluss noch im Frühherbst 2001.

3.06.05 Einleitung von Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen.

3.06.06 Weiterführen der laufenden Bodenverbesserungsunternehmen sowie Verfügbarmachen aller beim Bund vorgesehenen finanziellen Bodenverbesserungshilfen für den Kanton.

3.06.07 Realisierung der ersten Jahresetappe für die digitale Sicherung der alten Meliorationsleitungspläne bei der Fachstelle Melioration, Start Pilotprojekt.

Programmpunkt Nr. 3.07 Rheinhäfen

Die Rheinhäfen in Birsfelden und Muttenz sollen weiterhin entwickelt und einer optimalen Nutzung zugeführt werden. Der durch die gewerbliche Schifffahrt genutzte umweltfreundliche Gütertransport und -umschlag in den beiden Baselbieter Rheinhäfen soll durch geeignete Massnahmen unter Wahrung der Sicherheit und unter Schonung der Umwelt gefördert werden. Die eingeleiteten Überlegungen zur Optimierung der Zusammenarbeit mit den baselstädtischen Rheinhäfen werden weiterverfolgt.

Ziele**Massnahmen**

Container-Terminal
im Rheinhafen Birsfelden

Zusammenarbeit mit den
Rheinhäfen Basel-Stadt
Optimierung

Konzession Hafenbahn BL
Erneuerung

3.07.01 Es wird mit einem potentiellen Betreiber ein neues Projekt geplant und voraussichtlich im Jahr 2002 realisiert. Die notwendigen Investitionen des Kantons für die Infrastruktur sind noch nicht bekannt.

3.07.02 Auf der Grundlage des im Jahre 2001 erstellten Expertenberichtes über eine allfällige Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel sollen eine gemeinsame Hafenentwicklungsstrategie und ein gemeinsames Hafennutzungskonzept erarbeitet sowie konzeptionell-strategische Abklärungen zur Ausgestaltung eines Zusammenschlusses und zur Aufteilung der Erträge auf die beiden Kantone getroffen werden. Danach werden die Ergebnisse in den beiden Regierungen zu diskutieren und das weitere Vorgehen zu bestimmen sein.

3.07.03 Die per 2002 auslaufende Konzession für den Betrieb der (neu) Hafenbahn BL muss erneuert werden.

4 BAU - UND UMWELTSCHUTZDIREKTION

Generelle Absichtserklärung

Umwelt

Der Erhalt einer intakten Umwelt bildet die Grundlage für eine gesunde Entwicklung unseres Kantons. Die Bau- und Umweltschutzdirektion berücksichtigt bei der Erfüllung all ihrer Aufgaben die ökologische, wirtschaftliche und soziale Dimension als Schlüsselfaktoren einer nachhaltigen Entwicklung. Die sich daraus ergebenden Zielkonflikte sind ständig gegeneinander abzuwägen. Dieses Abwägung darf nicht systematisch zu Lasten eines einzelnen Schlüsselfaktors gehen. Der Umweltschutz berücksichtigt das Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und gesellschaftlicher Solidarität. Für das Jahr 2002 wurden zwei Schwerpunkte in den Bereichen Energie und Altlasten bezeichnet.

Energie

Das Ziel einer nachhaltigen Energieversorgung ist die Erhöhung der Energieeffizienz und der vermehrte Einsatz erneuerbarer Energien. Dadurch werden die Ressourcen geschont und die Umwelt von Schadstoffen entlastet. Zudem trägt der Einsatz neuer Technologien zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei.

Altlasten

Zur raschen und systematischen Erfassung der belasteten Standorte werden die personellen Ressourcen verstärkt. In erster Linie geht es um den schrittweisen Aufbau des Katasters gemäss Altlastenverordnung und die intensivierte Untersuchung von Deponien mit Chemieabfällen sowie um die Einleitung der erforderlichen Sanierungsmassnahmen.

Raumentwicklung

Zur Stärkung der Standortgunst des Kantons werden im Raum Augst-Pratteln erste Grundlagen für eine grenzüberschreitende Planung und Raumentwicklung geschaffen. Mit einem internationalen Wettbewerb werden Ideen gesucht, wie Eigenart und Schönheit der Landschaft Augst-Pratteln im Sinne von Arbeiten, Wohnen, Wissen und Erleben aufgewertet und genutzt werden können. In der Rheinebene bietet sich die Chance, bestehende Gegebenheiten, Lage und Freiraum zu nutzen und gleichzeitig das kulturelle Erbe beispielhaft mit der Zukunft zu verbinden. Eine Neugestaltung an diesem Punkt ist nicht nur für die beiden Gemeinden bedeutungsvoll, sondern aus Sicht der Wirtschaftsförderung, der kulturellen und baulichen Entwicklung, aber auch des Umweltschutzes für die Zukunft des Kantons Basel-Landschaft richtungsweisend.

Infrastruktur

Dem Erhalt und der Optimierung der Infrastrukturen im Bereich des öffentlichen und des privaten Verkehrs - insbesondere der Hochleistungsstrassen - sowie den für die staatlichen Aufgaben notwendigen Gebäuden und Anlagen wird weiterhin hohe Aufmerksamkeit geschenkt. Die zur Verfügung stehenden Mittel sollen nach dem Grad ihrer höchsten Wirkung eingesetzt werden.

Programmpunkt Nr. 4.01 Umweltschutz und Energie

Übersicht

Das Forum für nachhaltige Entwicklung im Kanton Basel-Landschaft hat dem Regierungsrat 2001 seinen ersten Bericht unterbreitet. Darin wird vorgeschlagen, in den drei Handlungsfeldern Wissen und Bildung, Erhaltung der natürlichen Ressourcen sowie Energie verstärkt aktiv zu werden. Der Regierungsrat hat die Direktionen beauftragt, in den gewählten Handlungsfeldern anhand konkreter Projekte Massnahmen vorzuschlagen.

Ziele

Massnahmen

Luftreinhaltung

Schutz der Bevölkerung vor nichtionisierender Strahlung

4.01.25 Erfassen der Radio- und TV-Sender sowie der Betriebs- und Funkamateuranlagen.

Verbesserung und Monitoring der Luftqualität

4.01.26 Optimierung des technischen Monitorings der Luftmessungen und Aufbau eines Controllings für die Umsetzung des revidierten Luftreinhalteplans.

Ziele**Massnahmen**

Regionale Entwässerungsplanung

Regionale Entwässerungsplanung für Gebiet Birs, Birsig und Ergolz

4.01.08 Weiterführung der Erarbeitung der Regionalen Entwässerungsplanung (REP) Birs in Zusammenarbeit mit den Kantonen BS, BE, JU und SO. Entscheid über die Durchführung weiterer REP (Birsig und Ergolz) vorliegend.

Grundwasserschutz am Oberrhein

Mitwirkung bei der Bestandesaufnahme der Herkunft von Verunreinigungen im Grundwasser am Oberrhein, Interreg III-Projekt

4.01.27 Gemeinsamer Regierungsratsbeschluss BL/BS über die Kostenbeteiligung im Rahmen des für Interreg III durch den LR bewilligten Budgets. Mitarbeit in der Expertengruppe "Wasserressourcen" der Oberrheinkonferenz.

Abwasserbehandlung

Verbesserung der Gewässerqualität im Bereich von lokalen und regionalen Kläranlagen

4.01.12 Landratsvorlage für den Ausbau von zwei weiteren lokalen Kläranlagen (voraussichtlich Anwil und Oltingen)

4.01.13 Vorarbeiten für eine Landratsvorlage für den Ausbau, allenfalls für die Zusammenlegung der regionalen Kläranlagen in Reigoldswil, Niederdorf und Bubendorf

4.01.14 Landratsvorlage zum Ausbau der ARA Birs 2 in Birsfelden

Stoffkreislauf

Umweltgerechter Transport und gesetzeskonforme Entsorgung des Abfalls

4.01.16 Je nach Ausgang des Praxistests Kombitrans Ausarbeitung einer Landratsvorlage zur Einführung eines integralen Entsorgungssystems.

Abfallvermeidung

Impulsprojekte Abfallvermeidung und Ressourcenschonung

4.01.17 Suche nach Projektpartnern und Vorbereitung der Projektarbeit in verschiedenen Bereichen.

Altlasten/belastete Standorte

Rasche und systematische Erfassung belasteter Betriebsstandorte

4.01.19 Erfassung und Bewertung der belasteten Standorte in wichtigen Entwicklungsgebieten bis 2003; schrittweiser Aufbau des Katasters gemäss Altlastenverordnung (Termin 2003). (neue Kreditvorlage ergänzend zu LRB 962 vom 19.10.92)

Untersuchung von Deponien mit Chemieabfällen und Einleitung der erforderlichen Massnahmen

4.01.19 Ergänzende Untersuchungen an den Deponien Feldreben, Margelacker und Rothausstrasse, MuttENZ; Ermittlung der Verursacher und der weiter erforderlichen Schritte.

4.01.19 Begleitung allfälliger Sanierungsmassnahmen bei grenznahen Deponien und Sicherstellung der Überwachung von Schutzgütern in den Gemeinden Allschwil und Schönenbuch.

Bodenschutz

Förderung des nachhaltigen Umgangs mit Böden

4.01.28 Zielgruppenorientierte Sensibilisierungskampagne über Handlungsmöglichkeiten zum Schutze der Böden.

Vermeidung bleibender Verdichtungs- und Erosionsschäden auf Ackerflächen

4.01.29 Landratsvorlage (gemeinsam mit VSD) zur Förderung boden(neu) schonender Anbausysteme im Kanton

Ziele**Massnahmen****Energie**

Ersatz nicht erneuerbarer Energie durch erneuerbare Energie: Zunahme der Nutzung der erneuerbaren Energiequellen im Kanton um 3% gegenüber dem Jahr 2000

4.01.21 Erweiterung Fernheizkraftwerk Liestal mit einer Holzschnitzelheizung (Bau vorbehaltlich Landratsbeschluss)

4.01.21.1 Landratsvorlage für eine Vergärungsanlage für die Verwertung von Grünut

Verbesserung der Wirtschaftlichkeit bestehender Energieanlagen des Kantons und Aufbau von Wärmeverbünden mit alternativen Energieträgern

4.01.22 Projektierungsarbeiten zum Netzausbau Fernwärme Kriegacker Muttentz, sofern Verhandlungen mit potentiellen Bezüglern erfolgreich verlaufen. *Baukreditvorlage an den Landrat.*

Reduktion des CO₂-Ausstosses durch:
– Verminderung des Verbrauchs fossiler Energie
– Steigerung der Energie-Effizienz/-Effektivität

4.01.30 Überarbeitung/Anpassung diverser rechtlicher Grundlagen wie:
(neu) – Grundsätze der kantonalen Energiepolitik
– Energiegesetz
– Verordnung über Förderbeiträge

Vermehrte Nutzung erneuerbarer Energie

4.01.20 Unterstützung der Zielerreichung mit dem Vollzug der Energiesparvorschriften und Projekten bei den öffentlichen Bauten und bei grossen Bauträgern.
Verstärkte Unterstützung der Zielerreichung mit Anreizinstrumenten, Förderung der rationellen Energieverwendung und der vermehrten Nutzung erneuerbarer Energien.
Vermehrte Kommunikation der Ziele der kantonalen Energiepolitik und der erreichten Resultate an eine breitere Öffentlichkeit.
Anpassung des Monitorings an die Zielvorgaben.

Programmpunkt Nr. 4.02**Verkehr und Bau / Öffentlicher Verkehr***Übersicht*

Der mit dem Bericht "Grünes Licht für den öffentlichen Verkehr" 1976 eingeleitete Ausbau der Vorortsbahnen und der Waldenburgerbahn geht in dieser Legislaturperiode seinem Ende entgegen.

Folgende baulichen Ausbauschritte sind noch vorgesehen:

Ausbau der Vorortslinien, in erster Priorität der Linie 11 mit der Absicherung (teilweise Aufhebung) sämtlicher Niveauübergänge. Weiterer Schwerpunkt der baulichen Aktivitäten bildet die Linie 10 mit der Erneuerung der Doppelspur zwischen Münchenstein-Dorf und der Griebengasse in Arlesheim.

Ziele**Massnahmen**

Trasseausbauten
Vorortslinien BLT

Erhöhung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch Reduktion der Konfliktpunkte Schiene/Strasse

4.02.02 Aufhebung bzw. Absicherung diverser Niveauübergänge entlang der BLT-Linie 11 in Münchenstein, Reinach und Aesch (Weiterführen und Abschluss diverser PGV, Bau)

Erhöhung der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit

4.02.03 Trasseausbau der BLT-Linie 10 zwischen Baselstrasse und im Lee in Arlesheim (Weiterführen und Abschluss PGV, Bau)

Trasseerneuerung WB

Erhöhung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch Reduktion der Konfliktpunkte Schiene/Strasse

4.02.04 Weitgehende bauliche Trennung Schiene/Strasse in Oberdorf (Bauprojekt, PGV getrennt in Abschnitt Winkelweg und Ortsdurchfahrt)

Ziele**Massnahmen**

Bahn 2000, 2. Etappe
(u.a. Projekt Wisenbergertunnel)

4.02.05.02 Weitere Bearbeitung der Angebotsvorstellungen der NWCH, der Angebotskonzepte und Investitionsmodule für die NWCH im Rahmen der Vorbereitung der Bundesvorlage für Bahn 2000, 2. Etappe gemäss FinöV-Beschluss. Studien zur Linienführung für den Kapazitätsausbau im Ergolzthal zusammen mit den SBB.

Ausbau Bahn 2000
Bahnhof Liestal

4.02.05.03 Jurierung des Ideenwettbewerbes "Städtebauliche Entwicklung Bahnhofgebiet Liestal". Klärung der Gleislage.

Programmpunkt Nr. 4.02**Verkehr und Bau / Individualverkehr***Übersicht*

Die nur beschränkt zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sollen auch weiterhin gezielt für den qualitativen Strassenbau eingesetzt werden. Dies bedeutet einerseits, dass die bestehenden Infrastrukturen erhalten werden, andererseits, dass der Strassenverkehr im Sinne einer langfristigen Planung soweit wie möglich auf wenige, dafür aber leistungsfähige Hauptachsen d.h. Hochleistungsstrassen konzentriert wird.

Gemäss dieser Zielsetzung werden mit erster Priorität der Bau der H2 (früher J2) Umfahrung Sissach vorangetrieben, die Detailprojektierung für die H2 Pratteln - Liestal weiterbearbeitet sowie die Planung der H18 Umfahrungsstrassen in Laufen/Zwingen an die Hand genommen.

Ebenfalls im Rahmen des qualitativen Strassenbaus wird das kantonale Radroutennetz mit Schwerpunkt in ländlichen Gebieten (Laufental, oberes Baselbiet) weiter ausgebaut.

Ziele**Massnahmen**

Aktualisieren der übergeordneten Planung

4.02.06 Strassennetzplan Rheintal
Integration in kantonalen Richtplan
Vorlage an den Landrat für Projektierungskredit

4.02.07 Ergänzung Strassennetzplan Ergolzthal-West
Integration in kantonalen Richtplan

4.02.08 Änderungen Strassennetzplan Laufental
Integration in kantonalen Richtplan

N2 Belchentunnel

Substanzerhaltung

4.02.10 Weiterführen der Bauarbeiten der 1. Instandsetzungsetappe

H2 Umfahrung Sissach

Fortsetzung Bauarbeiten

4.02.11 Ausführung der Bauarbeiten unter Einhaltung der gesetzten Termine und Kredite im Hinblick auf die Fertigstellung Herbst 2004

H2 Liestal - Pratteln

Rechtskräftiges Bauprojekt inkl. Rodungsbewilligung

4.02.12.02 Abschluss Plangenehmigungsverfahren (Beschwerdeverfahren)

Ausführungsprojekt

4.02.12.03 Submission und Vergabe Ausführungsprojekt, Beginn Projektierungsarbeiten

4.02.12.04 Studie unter Berücksichtigung der Erneuerung der Kapazität und der Anschlüsse (Halbanschluss Gasstrasse, Liestal)

H18 Umfahrung von Laufen/Zwingen

Erschliessung der Region

4.02.13 Ausarbeitung Generelles Projekt inkl. Variantenvergleich und stufengerechte UVP

Ziele**Massnahmen**

Verkehrsentlastung der Dorfkerne

4.02.16.02 Überarbeitung "Gestaltungsrichtlinie", Abschluss

Kantonales Radroutennetz

Weiterausbau

4.02.17 Ausarbeiten ausführungsreifer Projekte und Bauausführung mit Priorität Schulwegsicherung und Eliminierung gefährlicher Punkte und Strecken in ländlichen Gebieten (Laufental, oberes Baselbiet)

Programmpunkt Nr. 4.02**Verkehr und Bau / Wasserbau***Übersicht*

Mit dem Wandel im Umweltbewusstsein sind auch die Anforderungen an den Wasserbau, speziell an den Hochwasserschutz gestiegen. Das neue Bundesgesetz über den Wasserbau bezweckt den Schutz von Menschen und Sachwerten vor schädlichen Auswirkungen durch das Wasser. Dieses Ziel soll mit minimalen Eingriffen in die Fließgewässer erreicht werden. Dabei kommt der Gefahrenanalyse, den Schutzzielen, der zweckmässigen Massnahmenplanung und der Begrenzung des verbleibenden Restrisikos eine zentrale Bedeutung zu.

Das Bundesgesetz über die Fischerei bestimmt, dass die freie Fischwanderung sicherzustellen ist. In diesem Sinne werden laufend unüberwindbare Abstürze in fischgängige Rampen umgebaut.

Ziele**Massnahmen**

Wasserbaukonzept

4.02.18 Der Entwurf für ein revidiertes Wasserbaugesetz sieht eine Massnahmenplanung vor, die aufzeigt, wo welche Massnahmen im Bereich der Revitalisierungen, des Hochwasserschutzes und der Korrekturen mittelfristig zu treffen sind.
Der regionale Entwässerungsplan (REP) Birs wird weiterbearbeitet (Federführung: AUE).

Wasserbaugesetz

4.02.20 Bereinigung des revidierten Gesetzes über den Wasserbau und die Nutzung der Gewässer gestützt auf die Vernehmlassung;
Landratsvorlage

Hochwasserschutz

4.02.21 Weiterführung der Arbeiten für Projekt und Bau diverser Objekte (Allschwil, Biel-Benken, Gelterkinden, Ormalingen und Wenslingen)

Programmpunkt Nr. 4.03**Bau und Architektur****Übersicht**

Der Kanton verfügt grundsätzlich über gute, zweckmässige Infrastrukturen zur Bewältigung seiner Aufgaben. In Liestal zeichnet sich kurz- bis mittelfristig eine Raumknappheit ab, hauptsächlich ausgelöst durch Personalaufstockungen in den Bereichen Gerichte, Justiz aber auch in verschiedenen Einzelbereichen aller Direktionen mit erweiterten Leistungsaufträgen. Mit dem geplanten Neubau des Justizzentrums voraussichtlich in MuttENZ kann die Situation teilweise entschärft werden. Die mittelfristige Raumbewirtschaftungsstrategie im Raum Liestal ist jedoch weiterhin im Auge zu behalten.

Gegenwärtig sind die Bauaktivitäten geprägt durch Umnutzungen und Erweiterungen der bestehenden Bauten und Anlagen sowie durch werterhaltende Sanierungsmassnahmen. Es zeichnet sich aber eine Trendwende ab, indem wieder vermehrt Lösungen zur Deckung des Raumbedarfes mit Neubauprojekten gesucht werden müssen.

Ziele**Raumbewirtschaftung**

Mit einer zentralen, ganzheitlichen Raumbewirtschaftung sind die Voraussetzungen zu schaffen, ökonomisch ausgerichtete Lösungen umzusetzen.

Neue Bedürfnisse sind möglichst innerhalb des vorhandenen Gebäudevolumens abzudecken, teure Einmietungen sind zu vermeiden.

Massnahmen

Schwerpunkte im Jahre 2002 bilden Bauvorhaben in unterschiedlichen Bau- und Planungsprozessen:

Im Bereich Bauausführung werden Bauleistungen an folgenden Objekten erbracht

- 4.03.01 – Umbau Psychiatrische Klinik Haus 5, Liestal; Baubeginn
- 4.03.03 – Sanierung und Ausbau Kaserne, Liestal; Baubeginn
- 4.03.12 – Neubau Kantonsbibliothek, Liestal; Baubeginn

Bauprojektvorlage (*Landratsvorlagen*) für folgende Projekte

- 4.03.09 – Oberwil, Gymnasium Mediothek Umbau und Sanierung
- 4.03.07 – Verlegung Institut für Pathologie ins Kantonsspital Liestal
- 4.03.17 – Neugestaltung Parkanlagen Schloss Ebenrain und Bottmingen (neu)
- 4.03.18 – Sissach, Werkhof Kreis 3; Sanierung und Erweiterung (neu)
- 4.03.19 – Reinach, Polizeistützpunkt; Sanierung und Erweiterung (neu)
- 4.03.20 – Liestal, Gymnasium, Aula und Schulraumerweiterung (neu)
- 4.03.21 – Kantonsspital Bruderholz; Sicherheitsrelevante Massnahmen (neu)
- 4.03.15 – Sanierung Kantonslabor, Liestal; sistiert. In Prüfung ist eine weitergreifende Zusammenführung von Dienststellen, die im Umweltbereich tätig sind.

Wettbewerbsprojekte/Konzepte zur Erlangung von Projekten

- 4.03.16 – Justizzentrum, MuttENZ
- 4.03.02 – Sanierung und Erweiterung Kantonsspital Bruderholz verzögert
- 4.03.13 – Neubau Römermuseum Augst; verzögert

Programmpunkt Nr. 4.04 Raumplanung

Schwerpunkte der Raumplanung bilden die Erarbeitung des kantonalen Richtplans aufgrund der Zielvorstellungen für die räumliche Entwicklung des Kantons (KORE) mit den dafür notwendigen Grundlagen, der Aufbau der Raumbeobachtung als Entscheidungsgrundlage für den wirksamen Massnahmen- und Mitteleinsatz (insbesondere im Bereich Natur- und Landschaftsschutz) und die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Rahmen der Umsetzung des Generellen Leistungsauftrages 2001 - 2005.

Ziele**Massnahmen****Grenzüberschreitende Planung**

Verbesserung der Zusammenarbeit mit den in- und ausländischen Nachbarn und kontinuierliche Koordination der regionalen Planungen

4.04.01 Fortschreibung des Entwicklungskonzepts und Machbarkeitsstudien für die Aktionsräume Nord und Ost der Trinationalen Agglomeration Basel (TAB) im Rahmen von INTERREG III.

Kantonsplanung

Festlegen der gewünschten räumlichen Entwicklung

4.04.03 Kantonales Konzept der räumlichen Entwicklung (KORE) Genehmigungsvorlage an den Landrat

4.04.04 Vorarbeiten Richtplan (Struktur und Inhalt)

4.04.19 Raumentwicklung Pratteln-Augst
(neu)

4.04.20 Gefahrenhinweiskarte BL: Vorarbeiten
(neu)

Ortsplanung

Unterstützung der Gemeinden bei der Umsetzung des neuen Raumplanungs- und Baugesetzes (RBG) und der Verordnung (RBV) bzw. bei der Anpassung der Ortsplanungen

4.04.21 Erarbeiten weiterer Grundlagen und Muster-Reglemente für die (neu) Nutzungsplanung. Auswertung der Erfahrungen mit dem neuen Raumplanungs- und Baugesetz des Kantons (RBG BL)

Öffentlicher Verkehr

Verbesserung des öffentlichen Verkehrs

4.04.05 Studien zur ÖV-Erschliessung Raum Allschwil, Leimen- und Ergolzthal.

4.04.22 Anpassung der Gewichtung der Verkehrsmittel an die aktuellen (neu) Abgeltungen zur Bestimmung der Gemeindebeiträge (Revision Angebotsdekret)
Vorlage an den Landrat

Ausbau des behinderten- und betagten-gerechten öffentlichen Nahverkehrs

4.04.06 Konzept für einen behinderten- und betagtengerechten öffentlichen Nahverkehr als Grundlage für die Revision des öV-Gesetzes
Vorlage an den Landrat

Natur und Landschaft

Erhaltung und Förderung der Biodiversität

4.04.11 Test des neu entwickelten Controlling-Instrumentes zur Ermittlung der Praxistauglichkeit und der Kosten.

Erhaltung und Förderung eines intakten, vielgestaltigen und charakteristischen Landschaftsbildes

4.04.12 Start der Naturschutzgebiets-Betreuung

4.04.15 Start der neuen Erfolgskontrolle von Naturschutzmassnahmen

Ziele**Massnahmen**

- 4.04.17 Vollzug des Inventars der Amphibien-Laichgebiete von nationaler Bedeutung, insbesondere Realisierung des Ersatzstandortes "Mühlebachtal", Allschwil, im Rahmen des Hochwasserschutzes

5 JUSTIZ-, POLIZEI- UND MILITÄRDIREKTION

Generelle Absichtserklärung

Voraussehbare Schwerpunkte im Jahre 2002 werden für die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion die Weiterführung der Gerichtsreform, aber auch die Umsetzung der Bundesvorhaben in den Bereichen Armee und Bevölkerungsschutz, gezielte Massnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit sowie verschiedene Gesetzgebungsvorhaben sein.

Programmpunkt Nr. 5.01	Öffentliche Sicherheit / Kriminalitätsbekämpfung/ Bevölkerungsschutz
Übersicht Die Sicherheit der Bevölkerung umfasst verschiedenste Gebiete. In diesen werden gesetzte Schwerpunkte - beispielsweise in der Kriminalitätsbekämpfung, aber auch in der Verkehrssicherheit, vertieft. In den Bereichen Armee und Bevölkerungsschutz sind von Bundesseite Änderungen zu erwarten. Diese gilt es aufzunehmen und im Kanton die entsprechenden Anpassungen und Strukturänderungen vorzunehmen	

Ziele	Massnahmen
Kriminalitätsbekämpfung	
Vertiefung der trinationalen Zusammenarbeit	5.01.10 Umsetzung des Staatsvertrags mit Deutschland im Aufgabenbereich der polizeilichen Zusammenarbeit
Weitere Umsetzung der erweiterten Kriminalitätsbekämpfung	5.01.07 Einsatz der neuen zentralisierten Fahndung. 5.01.07 Bekämpfung des Drogenhandels auf höchstmöglicher Stufe
Verkehrssicherheit	
Optimale Strukturen in der Hauptabteilung Verkehrssicherheit	5.01.26 Aufbau einer Verkehrsanalysestelle (neu)
Vermehrte Kontrollen	5.01.22 Weiterentwicklung des Geschwindigkeitskontrollkonzepts durch die Inbetriebnahme neuer Standorte 5.01.21 Weiterentwicklung des Konzeptes "Schwerverkehrskontrollen" durch die Intensivierung der Kontrolltätigkeit
Gewaltprävention	
Keine Verbreitung des Rechtsextremismus in Baselland	5.01.27 Entwicklung und Umsetzung geeigneter Massnahmen (Information und Aufklärung an Schulen, Vernetzung aller involvierten Stellen, Zusammenarbeit mit Basel-Stadt, konsequentes Vorgehen bei Verletzung der Rechtsordnung)
Intensivierung der polizeilichen Intervention gegen häusliche Gewalt	5.01.28 Aufbau von Schulungsmodulen durch die drei FachspezialistInnen in den Bereichen "Opferhilfe" und "häusliche Gewalt" für die Aus- und Weiterbildung der Polizeimitarbeitenden
Optimierte Verbrechensprävention	5.01.29 Integration in die Öffentlichkeitsarbeit (neu)
Steigerung der polizeilichen Präsenz im Rahmen des Community Policing	5.01.30 Start eines Sicherheitsmarketings durch gezielte Präsenz in der Öffentlichkeit (neu)
Bevölkerungsschutz	
Erreichen von breiter politischer Akzeptanz für den neuen Bevölkerungsschutz in Baselland	5.01.23 Anpassung der Rechtsgrundlagen, insbesondere der Gesetzgebung über den Bevölkerungsschutz

Ziele**Massnahmen**

5.01.24 Erarbeiten eines Konzeptes für einen aufgabenorientierten und effizienten Bevölkerungsschutz und Zivilschutz

5.01.24 Zeitgerechte und zielgruppenausgerichtete umfassende Informationstätigkeiten.

Militär

Erneuerung des Waffenplatzes Liestal

5.0118 Baubeginn der Sanierungs- und Ausbauarbeiten der Kaserne. Die Anlagen müssen den neuen Nutzern der Kaserne (Führungsunterstützung / Uebermittlungstruppen) ab Sommer 2004 zur Verfügung stehen. (vgl. BUD 4.03.03)

Anpassung der kantonalen Organisationsstruktur an die Armee XXI und das Projekt "Bevölkerungsschutz"

5.01.31 Zusammenlegung der Dienststellen Militärverwaltung und Amt für (neu) Bevölkerungsschutz

Programmpunkt Nr. 5.02**Gesetzgebung****Übersicht**

Die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion geht in der Gesetzgebung neue Wege. Erstmals werden die zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehörenden Rechtserlasse (Gesetze, Dekrete, Verordnungen) mit Hilfe einer auszuarbeitenden Kriterienliste auf ihre Notwendigkeit, Aktualität und Verständlichkeit systematisch überprüft. Daneben werden mehrere Gesetzesvorlagen ausgearbeitet.

Ziele**Massnahmen**

Überprüfung der Gesetzgebung

Systematische und umfassende Überprüfung der Gesetzgebung auf ihre Notwendigkeit und Aktualität

5.02.01 Einsetzung einer Arbeitsgruppe mit dem Auftrag, bei der JPMD ein Pilotprojekt durchzuführen

5.02.01 Ausarbeitung einer Überprüfungs-Checkliste mit der anschliessenden Überprüfung in den Dienststellen der in ihren Bereich fallenden Rechtserlasse.

5.02.01 Erstellung eines Grobkonzeptes zur Einführung der Wirkungskontrolle in der Gesetzgebung.

Modernisierung der Gesetzestechnik

5.02.01.02 Überarbeitung der Weisungen zur Gesetzestechnik vom 1.7.1975. Einsetzung einer Arbeitsgruppe mit dem Auftrag, die Weisungen zu überprüfen und zu aktualisieren.

Gesetzgebungsvorhaben

Initiieren und speditive Bearbeitung von Gesetzgebungsvorhaben

5.02.06 Vormundschaftswesen: Umsetzung der Revision des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch betr. Neuorganisation der vormundschaftlichen Aufsichtsbehörde, sofern der Landrat und allenfalls das Volk die vom Regierungsrat vorgeschlagene Neuorganisation verabschieden.

5.02.07 Amtsvormundschaftsgesetz:
Revision des Amtsvormundschaftsgesetzes: *Landratsvorlage*

Ziele**Massnahmen**

- 5.02.09 Anpassung des Scheidungsrechts und des Bundesgesetzes über den Gerichtsstand in Zivilsachen:
Landratsvorlage zur Überführung des Dekretes zum Zivilgesetzbuch über Ehe- und Partnervermittlung, Eheungültigkeit, Ehescheidung und Ehetrennung in das Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch und in die Zivilprozessordnung. Diese Vorlage enthält auch die Anpassungen an das neue Bundesgesetz über den Gerichtsstand in Zivilsachen.
- 5.02.10 Wirtschaftsgesetz: Aktualisierung, Straffung und Vereinfachung (neu) der Verfahren. Ausarbeitung eines Entwurfs in Zusammenarbeit mit der Gastro Baselland.
- 5.02.11 Kleine StPO-Revision: Vernehmlassungsvorlage zur Optimierung (neu) aufgrund der ersten Erfahrungen. Präzisierung einzelner Verfahrensvorschriften. Abschaffung der Vorprüfung von Strafbefehlen
- 5.02.12 Einführung des neuen StGB (Sanktionenrecht): Anpassung des (neu) EG StGB in Hinblick auf das neue Sanktionenrecht, gleichzeitige Abtrennung des kantonalen Übertretungsstrafrechts in einen eigenen Erlass.
- 5.02.13 Electronic Monitoring:
(neu) Gesetzgeberische und organisatorische Vorkehren zur Überführung des Modellversuchs in den Normalbetrieb.
- 5.02.14 Wandergewerbe:
(neu) Aufhebung bzw. Anpassung der kantonalen Bestimmungen im Bereich des Wandergewerbes, sobald der Bund das neue Gesetz über das Gewerbe der Reisenden in Kraft setzt.

Programmpunkt Nr. 5.03**Gerichte***Übersicht*

Fortführung der Anpassung der Rechtgrundlagen im Rahmen der Gerichtsreform

Ziele**Massnahmen**

Optimierung der Verteilung der Bezirksgerichte und der Friedensrichterkreise

- 5.03.04 Neugliederung der Gerichtsbezirke (statt 5 noch 2 Bezirksgerichte). Beginn der Vorarbeiten
- 5.03.09 Landratsvorlage über die Neugliederung der Friedensrichterkreise (neu) (statt 23 noch 15)

6 ERZIEHUNGS- UND KULTURDIREKTION

Generelle Absichtserklärung

Die beiden wichtigsten Vorhaben sind: Die Beratungen im Landrat zur neuen Bildungsgesetzgebung, die Weiterarbeit an der Vorlage und der durch sie ausgelösten Teilaspekte und an die Hand zu nehmenden Umsetzungsarbeiten sowie der Aufbau und die Operativsetzung der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel. Daneben sollte aber auch das Eidgenössische Turnfest 2002 nicht übersehen werden, welches nur Dank der Unterstützung des Kantons als Grossanlass in diesem Ausmass organisiert und durchgeführt werden kann.

Programmpunkt Nr. 6.01 Bildung

Bildungsgesetz und Dekret sollen im Landrat beraten und verabschiedet werden. Die Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel (HPSA-BB) wird operativ tätig werden.

Ziele

Alle Bildungsinstitutionen
Ein modernes und der Zeit gerechtes
Bildungsangebot

Internetanschlüsse für alle Schulen
einrichten; Einführung Internetkonzept
mit intensiver Fortbildung

Arbeitszeitmodelle für Lehrpersonen

Volksschule
Kindergarten, Primarschule, Sekundar-
stufe I

Informatik an der Primarschule

Vereinfachung der Arbeit der Erzie-
hungsberechtigten

Konfliktmanagement im Personalbe-
reich

Qualitätssicherung im Volksschulbe-
reich

Massnahmen

6.01.01 Vorbereitung der Umsetzung des Bildungsgesetzes und An-
passung der Verordnungsentwürfe.

6.01.07 Vorbereitung der auf den 1.1.2003 vorgesehenen Übernahme der
Sekundarschulanlagen ins Eigentum des Kantons.

6.01.03 Die drei Pilotprojekte "Lernen mit Internet und Multimedia" an den
Realschulen Liestal und Pratteln sowie an der Sekundarschule
Reinach für eine erweiterte didaktische Nutzung werden bis Ende
2003 durchgeführt. Auf die Beteiligung am Bildungsserver beider
Basel wird aus Kostengründen verzichtet.

6.01.46 Aus der Besoldungsrevision hervorgegangen ist eine Arbeits-
(neu) gruppe der FKD zusammen mit der EKD (Federführung), die für
die Lehrpersonen ein neues Arbeitszeitmodell entwerfen soll. Darin
auch vertreten sind die Sozialpartner: VPOD, LCH und LVB.

6.01.41 Der Auftrag des Landrates, Computer an der Primarschule
flächendeckend einzuführen (1999-038), wird aus finanziellen
Gründen zurückgestellt.

6.01.47 Zusammen mit interessierten Einwohnergemeinden Vorbereitung
(neu) eines kantonalen Schulversuchs mit umfassenden Blockzeiten am
Kindergarten zwecks Entwicklung eines Konzepts und Erlass eines
kantonalen Reglements analog zu den umfassenden Blockzeiten
für die Primarschule. Erprobung ab Schuljahr 2003/04.

6.01.48 Das Schulinspektorat gibt zusammen mit Vertretungen der
(neu) Konferenz der Präsidien der Schulpflegen, des Personaldienstes
und des Lehrerinnen- und Lehrervereins Empfehlungen heraus
und bietet die entsprechende Unterstützung auch in Form von
Workshops an.

6.01.10 Das Schulinspektorat hat sechs Kriterien der Unterrichtsbeurteilung
ausgewählt, zu welchen bei Unterrichtsbesuchen Aussagen
gemacht werden.

Ziele	Massnahmen
Massnahmen gegen den Mangel an Lehrpersonen	6.01.49 Landratsvorlage mit verschiedenen Massnahmen, die geeignet sind, dem Mangel an Lehrpersonen entgegenzuwirken.
Schulleitungen Volksschulstufe	6.01.09 Die Schulleitungen werden im Hinblick auf ihre neue Aufgabe vom Schulinspektorat im Beurteilen von Unterrichtsbesuchen und beim Durchführen von Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergesprächen geschult.
Inhaltliche Voraussetzungen für Träger-schaft der Sek I durch den Kanton	6.01.11 Reform Sekundarstufe I (6. bis 9. Schuljahr). Neue Lehrpläne und Stundentafeln.
Abstimmung Familie, Beruf, Schule: Familienergänzende Betreuung	6.01.04 Aufnahme von Verhandlungen mit dem Verband der Baselbieter Gemeinden, um zu klären, ob durch eine gesetzliche Übergangsbestimmung die flächendeckende Einführung umfassender Blockzeiten an der Primarstufe innert nützlicher Frist verwirklicht werden kann. 6.01.05 Fertigstellung des Landratsberichts "Kantonales Gesamtkonzept für die familienergänzende Kinderbetreuung" (zusammen mit FKD und VSD). Die bedarfsgerechte Einrichtung von Verpflegungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler über den Mittag durch den jeweiligen Schulträger (Mittagstischinitiative) wird im neuen Bildungsgesetz verankert und die diesbezügliche Bestimmung nach dessen Inkraftsetzung umgesetzt.
Begabungsförderung	6.01.42 Aus finanziellen Gründen ist die Erarbeitung eines kantonalen Rahmenkonzepts für die Begabungsförderung an der Volksschule zurückgestellt worden. Es wird vorderhand auch davon abgesehen, an einzelnen Volksschulen Förderprogramme für Schülerinnen und Schüler mit speziellen Leistungsfähigkeiten, sofern dadurch Mehrkosten entstehen, finanziell zu unterstützen bzw. einzurichten.
Sonderschulung	
Wohnortsnahe Schulung behinderter Kinder	6.01.14 Leistungsvereinbarung mit der Gehörlosen- und Sprachheilschule Riehen für die Wielandschule (Entwurf liegt Ende 2001 vor); Projekt und Leistungsvereinbarungserweiterung mit dem Verein Sommerau für eine Tagessonderschule für verhaltensauffällige und psychisch beeinträchtigte Schüler und Schülerinnen (Beginn auf Schuljahr 2002/3). 6.01.15 Projektbegleitung der Neubauten der Heilpädagogischen Tages-schulen des Vereins "insieme" in Liestal und Münchenstein (Projektanmeldung beim Bundeamt für Sozialversicherung im Juli 2001 eingereicht), Projekteingaben bis Frühling 2002, Baubeginn: Sommer 2002.
Sichern der Früherziehung und der Psychomotorik-Therapie als ambulante Massnahmen der Sonderschulung	6.01.50 Landratsvorlage mit einer Dekretsänderung des Schulgesetzes und Leistungsvereinbarung mit der Stiftung pädagogisch-therapeutisches Zentrum; vorgesehenes Inkrafttreten per 1.1.2002.
Jugend- und Behindertenhilfe	
Erweitern des Wohn- und Betreuungs-angebotes für Kinder und Jugendliche im Bereich Pflegefamilien	6.01.16 Gewähren von Beiträgen an qualifizierte Pflegefamilien; LR-Vorlage zur Änderung des Dekretes zum Pflegekindergesetz, Schaffung einer Verordnung; Aufbau einer Datenerfassung und einer gemeinsamen Planung im Bereich der Pflegefamilien zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt.

Ziele**Massnahmen**

Schliessen festgestellter Lücken im Wohn- und Betreuungsangebot	6.01.17 Begleiten des Neubauprojektes des privaten Trägers WKB für ein Wohnheim für schwerstkörperbehinderte Menschen in Liestal, Projekteingabe an das BSV: Projektausarbeitung zusammen mit privaten Trägern für ein neues Wohnheim und eine neue Tagesstätte für Menschen mit einer geistigen Behinderung; Pilotmodelle für Tarifverträge mit IV-beitragsberechtigten Wohneinrichtungen für behinderte Erwachsene; Auswertung und generelle Einführung.
Leitlinien für die Behindertenhilfe	6.01.18 Schaffen einer Ombudsstelle für Menschen mit einer Behinderung; Konkretisieren des Aspektes Migration/Integration der Leitlinien.
Berufsbildung	
Erhöhung des Lehrstellenangebotes für schulisch schwächere Jugendliche	6.01.22 Erproben von Attestausbildungen - wie im neuen BBG vorgesehen - in den Bereichen Metall und Gastro, um schulisch schwächeren Jugendlichen Ausbildungsmöglichkeiten anbieten zu können. Ebenso ist geplant, ein Pilotprojekt "Attestausbildung für Pflegeberufe" zu realisieren. Weiterführung des Impulsprojektes "E Lehr mit Kick". Realisieren eines Konzeptes "Stützunterricht" an Berufsschulen.
Erhöhung des Lehrstellenangebots für anspruchsvolle und zukunftssträchtige Berufe	6.01.22 Fördern und Weiterentwickeln der Ausbildungsgänge zum Informatiker/zur Informatikerin wie auch zum Mediamatiker/zur Mediamatikerin; Realisieren der neuen kaufm. Grundausbildung.
Qualitätssicherung an Berufsschulen	6.01.25 Die gewerblich-industriellen Berufsschulen beteiligen sich am Qualitätssicherungsprojekt der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK).
Berufs- und Studienberatung	6.01.26 Noch vermehrtes Bekanntmachen für die BIZ in Binningen und Liestal und damit verbessern der Information von Jugendlichen bezüglich erster Berufsziele und von Erwachsenen bezüglich beruflicher Laufbahnentwicklung.
Fachhochschulen und Universität: Tertiäre Bildung Fachhochschule beider Basel	60132 Konsolidierung der FHBB als FH für Wirtschaft, Technik und Gestaltung und Weiterführung der administrativen Reformen im Hinblick auf die definitive Anerkennung durch den Bund im Jahr 2003. Umsetzung der mittel- bis langfristigen Strategiprojekte, vertiefte Zusammenarbeit mit der FH AG und der FH SO im Rahmen des Kooperationsrates.
Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel (HSPA-BB)	6.01.33 Wahl des Hochschulrates durch beide Regierungen; Inkraftsetzung / des HPSA-BB-Vertrages; Wahl der Direktion durch den Hochschulrat; Genehmigung der neuen Studiengänge durch den Hochschulrat; Durchführung der Personalüberführung Institutionalisierung von Forschung und Dienstleistung, Implementation der Studiengänge.
Universität	6.01.35 Weiterführung der Universitätsreform, Weiterführung der Arbeitsgruppe zur Entwicklung partnerschaftlicher Trägerschaftsszenarien für die Universität Basel, Vorbereitung der Integration der Stiftung Mensch-Gesellschaft-Umwelt in die Universität per 1.1.2003.
Erwachsenenbildung	
"Ein Leben lang lernen" Konzept Erwachsenenbildung	6.01.36 Überblick Erwachsenenbildung BL im Internet. 6.01.37 Weiterentwicklung der Lehrerfortbildungsstelle zur Fachstelle Erwachsenenbildung.

Ziele**Massnahmen**

- 6.01.38 Grenz- und institutionsübergreifende Veranstaltungen (Forum Gender, Schweiz. Lernfestival, Oberrheinische Lehrertagung).

Mittelschulen und Gymnasien

Umsetzung der Vorschriften des Maturitätsanerkennungsreglementes der Eidgenossenschaft und der Kantone

- 6.01.40 Weiterführung der Einführung MAR (neu im Jahr 2002: Fach Wirtschaft und Recht für alle Schülerinnen und Schüler; Projekt- und Maturaarbeiten) mit dem Ziel, die eidgenössische Anerkennung im Jahr 2003 anlässlich der ersten MAR-Abschlussprüfungen zu erhalten.

Diplommittelschulen

- 6.01.51 Neupositionierung der DMS 3 im Rahmen des sich verändernden (neu) schweizerischen Bildungssystems.

Programmpunkt Nr. 6.02**Kultur**

Zwischen dem kulturellen Engagement des Baselbietes auf seinem eigenen Territorium (Kulturförderung, Kantonsbibliothek, Kantonsarchäologie, Kantonsmuseum, Römerstadt Augusta Raurica) und der partnerschaftlichen Unterstützung des kulturellen Zentrums-Angebotes in Basel-Stadt durch den Kanton Basel-Landschaft bestehen Missverständnisse, Defizite und Informationsmängel. Es sollen daher mittelfristig mehr Transparenz, ein höherer Deckungsgrad und für das Angebot im Baselbiet selbst mehr Bewusstsein in der Bevölkerung angestrebt werden.

Ziele**Massnahmen**

Römerstadt Augusta Raurica

Neubau Römermuseum

- 6.02.01 Durchführung eines Architekturwettbewerbs (Federführung: Hochbauamt).

Neues Vermittlungskonzept

- 6.02.02 Modernes Programm- und Betriebskonzept für das römische Theater.

Erschliessung und Optimierung des archäologischen Freilichtmuseums zur Kultur- und Naherholungsstätte

- 6.02.18 (neu) Kantonaler Nutzungsplan (im Rahmen des BUD-Projektes "Erlebnisraum Augst-Pratteln"; Federführung: Amt für Raumplanung), Visualisierung der römerzeitlichen Stadtstrukturen (Beispiel: die Besucher/-innen erwandern die antike Stadt auf römischen Strassenlinien = Entflechtung vom Durchgangsverkehr).

Gästeservice

- 6.02.19 (neu) Verbesserung und klare Strukturierung des "incoming service", d.h. alle Kunden- und Gästeanfragen zur ganzen Angebotspalette der Römerstadt erfolgen über eine einzige Anlauf- und Koordinationsstelle.

Digitales Bildarchiv zur Sicherung und Erschliessung der 230'000 Fotos

- 6.02.20 (neu) Pilotprojekt 2002: Evaluation und Tests der Software, Digitalisierung einer Foto-Testserie.

Grossgrabung Augst

- 6.02.21 (neu) Durchführung einer Grossgrabung am Tempelhofweg August 2001 bis Saisonende 2002 (privates EFH-Projekt).

Archäologie und Kantonsmuseum

Erhaltung und neue Nutzung der römischen Villa Munzach

- 6.02.03 Für die Sanierung und Erhaltung sowie die künftige Nutzung der Römervilla wird eine Landratsvorlage erarbeitet.

Auswertung der Grossgrabung Lausen läuft an

- 6.02.14 Beratung der Vorlage im Landrat. Beginn der Arbeiten für das Jahr 2003 vorgesehen. Die Dauer der Arbeiten wird auf 3 Jahre veranschlagt.

Ziele**Massnahmen**

Die Dauerausstellungen werden erneuert	6.02.17 (neu)	Im Herbst 2002 wird eine neue Dauerausstellung mit dem Schwerpunkt Natur eröffnet. Die Arbeiten für die Erneuerung der Seidenbandausstellung bis 2003 laufen an.
Kantonsbibliothek		
Neue Kantonsbibliothek	6.02.07	Bereinigung des Betriebskonzeptes und Anpassung der Betriebsstruktur.
Kunst- und Kulturförderung		
Aktive Förderung des regionalen Kunst- und Kulturschaffens	6.02.08	Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Perspektiven für die zeitgenössischen Kunst- und Kulturförderung (2001-2005) steht die Inkraftsetzung des neuen Musikförderungskonzeptes im Zentrum der kulturpolitischen Massnahmen.
	6.02.16	Die im 2001 geplante Neuausrichtung der Waldenburger Konzerte und der Konzerte im Schloss Ebenrain wird realisiert.
Expo 2002	6.02.09	Die Federführung für die Organisation des Kantonaltags beider Basel an der Expo.02 in Yverdon im August 2002 sowie das Marketing und die Realisation verschiedener Programme und Angebote für Schulen und Vereine des Baselbiets an der Expo.02 stellen ebenfalls prioritäre Aktionsfelder dar.

Programmpunkt Nr. 6.03**Sport****Übersicht**

Ein sportliches Grossereignis steht im Mittelpunkt: Die Durchführung des Eidgenössischen Turnfestes ETF 02 BL. Nach mehrjähriger Vorbereitung empfängt unser Kanton gegen 70'000 Turnerinnen und Turner. Der Kanton Basel-Landschaft möchte ein exzellenter Gastgeber sein.

Die Umsetzung von Jugend+Sport 2000 tritt im Jahr 2002 in die entscheidende Phase. Damit per 1. Januar 2003 mit J+S 2000 erfolgreich gestartet werden kann, bedarf es vieler Vorarbeiten. Im Zentrum steht die Ausbildung der J+S-Coaches. Die Einrichtung einer Sportklasse am Gymnasium Liestal, die Neukonzeption der Fachstelle für Sport in der Schule, der Aufbau einer Sportstättenverwaltungs-Datenbank sowie die erfolgreiche Durchführung der dreitägigen Jubiläumsveranstaltung zum 50. Baselbieter Team-Orientierungslauf bilden weitere Schwerpunkte.

Ziele**Massnahmen****Beratung**

Datenbank Sportstättenverwaltung	6.03.01	80% aller Daten der Sportstätten im Kanton und in den Gemeinden erfassen. Ferner Erarbeitung einer Angebotsübersicht "Was läuft wo im Sport?".
----------------------------------	---------	--

Leiterinnen- und Leiterausbildung

Neukonzeption Jugend +Sport 2000	6.03.02	Ausbildung von 600 J+S-Coaches in allen Sportarten Umsetzung der Veränderungen gemäss Vorgabe J+S 2000
----------------------------------	---------	---

Veranstaltungen

Eidgenössisches Turnfest	6.03.04	Erfolgreiche Vorbereitung und Durchführung und Erreichen der Hauptzielsetzungen.
50. Baselbieter Team-OL	6.03.07 (neu)	Erfolgreiche Durchführung der dreitägigen Jubiläumsveranstaltung; Gesamtbeteiligung von über 2'000 Sportlerinnen und Sportlern.

Ziele**Massnahmen**

Leistungssportförderung

Sportklasse auf der Sekundarstufe II

6.03.08 Start einer Sportklasse am Gymnasium Liestal ab Schuljahr (neu) 2002/2003.

Sport in der Schule

Neukonzeption Fachstelle

6.03.09 Durchführung regelmässiger Weiterbildungskurse für sportunter- (neu) richtende Lehrpersonen.

7 Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, das Jahresprogramm 2002 des Regierungsrates zur Kenntnis zu nehmen.

Liestal, 25. September 2001

Im Namen des Regierungsrates
der Präsident: Schmid
der Landschreiber: Mundschin